

Dezember 2022

Ratsbericht

Europabüro Brüssel

Krisen-Alltag in der Korruptionswelle - Der Dezember-Gipfel des Europäischen Rates

Europäischer Rat am 15. Dezember 2022

Dr. Hardy Ostry, Isabell Wiesner, Livia Gasior, Lena Kromm, Lukas Wick

Beim letzten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs vor der Weihnachtspause standen erneut der Ukraine-Krieg, die hohen Energiepreise sowie die Verteidigung der EU auf der Agenda. Trotz des nur eintägig angesetzten Gipfels hatten sich die EU-27 erneut mit schwierigen Fragen und zusätzlich mit der durch das Europäische Parlament schwappenden Korruptionswelle zu befassen. Dazu kommt der amerikanische Inflation Reduction Act (IRA) und ein drohender Handelskrieg mit den USA, der der EU derzeit Kopfzerbrechen bereitet. Unter diesen Umständen wurde mit Spannung erwartet, welche Beschlüsse der Europäische Rat zum Jahresende fassen würde. Zentrale Entscheidungen wie eine Deckelung der hohen Gaspreise wurden jedoch auf kommende Treffen verschoben.

Besonderheit

Es sollte nicht das erste Mal gewesen sein, dass die Präsidentin des Europäischen Parlaments am Gipfeltreffen des Europäischen Rates teilnahm, jedoch kam ihr dieses Mal eine außergewöhnliche Rolle zu. In ihrer Rede beim Ratsgipfel ging sie u. a. auf die Blockade des Rates bei der Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in das Schengen-Abkommen ein, äußerte sich zu den Beziehungen der EU zu den USA und forderte eine noch entschlosseneren Haltung der EU für die Ukraine ein. Der Fokus lag aber natürlich auf dem Korruptionsskandal, der das Europäische Parlament (EP) weiterhin in seinem Bann hält. Roberta Metsola sicherte den belgischen Behörden weiterhin die volle Unterstützung des EP zu und stellte erneut klar, dass korrupte Machenschaften immer aufgedeckt, Konsequenzen haben und sich niemals lohnen werden. Der Rechtsstaat werde dabei helfen,

darauf zu reagieren und Vertrauen zurückzugewinnen.

Ukraine

Hintergrund

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der am 24. Februar 2022 seinen Anfang nahm, dauert auch weiterhin mit zunehmender Härte und Brutalität an. Zudem erschwert der Winter mit seinen fallenden Minustemperaturen die Situation insbesondere für die Zivilbevölkerung des kriegsgebeutelten Landes. Die russische Angriffsserie hat ihre Spuren hinterlassen. Seit Oktober 2022 überzieht der Kreml sein Nachbarland kontinuierlich mit gezielten Luftschlägen, Drohnen- sowie Raketenangriffen, dabei ist vor allem die Energie- und kritische Infrastruktur des Landes Ziel des russischen Beschusses. Insbesondere das Energienetz der Ukraine ist dadurch massiv zerstört worden, immer wieder kommt es zu stundenlangen Stromausfällen im ganzen Land. Viele Heizungen funktionierten nicht mehr, zeitweise gibt es kein fließendes Wasser.

Um der Ukraine insbesondere in den Wintermonaten eine koordinierte Soforthilfe leisten zu können, fand zwei Tage vor dem EU-Gipfel in Brüssel am 13. Dezember 2022 eine internationale Ukraine-Konferenz auf Einladung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris statt. Dieser hatte rund 70 Länder und Institutionen, darunter die Europäische Union, in die Hauptstadt an der Seine eingeladen, um gemeinsam zu erörtern, welche Hilfestellungen der Ukraine über den Winter erteilt werden können, um im Land die Versorgung mit Wasser, Lebensmittel, Energie und medizinischer Hilfe zu gewährleisten. Eine Milliarde Euro Winterhilfe, die sich aus Spenden und Sachmitteln zusammensetzt, hat die Konferenz der Ukraine

schließlich an Hilfe zugesagt. Auf 800 Millionen Euro hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi, der sich per Videoübertragung an die Konferenzteilnehmer richtete, zuvor die benötigten Hilfsgelder zur Energieversorgung des Landes während des Winters geschätzt. Damit die Hilfsgüter schnell im Land ankommen, kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zudem den Aufbau einer Koordinierungsplattform unter EU-Regie an.

Die europäische Staatengemeinschaft setzt damit ihren Kurs fort, der Ukraine wichtige humanitäre, politische, finanzielle und materielle Unterstützung zu gewähren. Nur einen Tag vor dem Gipfeltreffen in der belgischen Hauptstadt hat die EU der Ukraine einen weiteren Kredit in Höhe von 500 Millionen Euro ausbezahlt, wodurch sich die Gesamtsumme der seit Beginn des Krieges überwiesenen Finanzhilfen auf 7,2 Milliarden Euro beläuft. Humanitäre Hilfe und weitere Unterstützungsleistungen eingerechnet, hat die europäische Staatengemeinschaft nach eigenen Angaben damit bereits mehr als 19,7 Milliarden Euro für die Ukraine mobilisiert. Zudem hat der Rat nur wenige Tage vor dem Gipfeltreffen in Brüssel eine Einigung über ein Legislativpaket erzielt, das es der EU ermöglichen wird, die Ukraine im Laufe des Jahres 2023 mit weiteren 18 Milliarden Euro finanziell zu unterstützen. Als Reaktion auf die militärische Aggression gegen die Ukraine hat die Europäische Union im Rahmen von bislang acht Paketen außerdem seit Beginn des Krieges weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängt.

Entwicklung

Die EU-Kommission hatte im Vorfeld des Gipfels Vorschläge für ein weiteres Sanktionspaket erarbeitet. „Russland sorgt in der Ukraine weiterhin für Tod und Verwüstung. Die Angriffe richten sich gezielt gegen Zivilisten und zivile Infrastruktur mit dem Ziel, das Land zu Beginn des Winters zu lähmen. Wir stehen an der Seite der Ukraine und werden dafür sorgen, dass Russland für seine Grausamkeiten bezahlt“, äußerte sich EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wenige Tage vor dem Gipfeltreffen der EU-27. Damit bekräftigte die Kommissionspräsidentin einmal mehr ihre uneingeschränkte Solidarität mit der Ukraine. Ein Bekenntnis, das die EU-27 auf ihrem letzten Gipfel des Jahres in Brüssel erneuerten. In der Abschlusserklärung des Rates heißt es, die Europäische Union sei nach wie vor entschlossen, die Ukraine sowohl politisch als auch militärisch zu unterstützen, insbesondere im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität sowie durch verstärkte bilaterale Unterstützung in Form

von Luftverteidigungskapazitäten sowie der Hilfe bei der Minenräumung.

Eine umfangreiche Unterstützung der Ukraine ist gerade in den Wintermonaten von existenzieller Bedeutung für die vom Krieg geplagte Zivilbevölkerung. Um dem Land in dieser Zeit bestmöglich helfen zu können, ersucht der Europäische Rat die Europäische Investitionsbank - in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und den internationalen Finanzinstitutionen - ihre Hilfestellungen für die Infrastrukturbedürfnisse der Ukraine zu verstärken. Damit eine nachhaltige Versorgung mit Ausrüstung (z.B. Stromgeneratoren, Stromtransformatoren, Hochspannungs- und Beleuchtungsanlagen) sichergestellt werden kann, bittet der EU-Rat in seiner Abschlusserklärung die Kommission, die Koordinierung mit der europäischen Industrie sowie den internationalen Partnern voranzutreiben und zu intensivieren. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigen zudem, ihre Anstrengungen fortzusetzen, Vertriebene sowohl innerhalb als auch außerhalb der Ukraine zu unterstützen. Die Ergebnisse der zwei Tage zuvor in Paris stattgefundenen Ukraine-Konferenz wurden vor diesem Hintergrund von den EU-27 begrüßt. Ebenso wie die von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene „Schwarzmeer-Getreide-Initiative“ sowie das internationale Hilfsprogramm „Getreide aus der Ukraine“ für eine globale Ernährungssicherheit, um der durch den Krieg ausgelösten Lebensmittelknappheit entgegenzutreten.

Die Kriegsverbrechen Russlands und das menschenverachtende Vergehen an der ukrainischen Zivilbevölkerung dürfen nicht ungesühnt bleiben, darüber ist sich die westliche Staatengemeinschaft einig. Im Bemühen, die Verantwortlichen in vollem Umfang zur Rechenschaft zu ziehen, unterstützt der Europäische Rat daher auch weiterhin sowie Ermittlungen des Anklägers vor dem Internationalen Strafgerichtshof. Ob eingefrorene Vermögenswerte zur Wiedergutmachung und zum Wiederaufbau der Ukraine genutzt werden können, muss durch die EU-Kommission, den Hohen Vertreter sowie den Rat noch geprüft werden. Um den Druck auf den Kreml weiter zu erhöhen, haben sich die EU-27 auf ein neuntes EU-Sanktionspaket geeinigt.

Kommentar

Immer deutlicher zeigt sich, dass die zu Beginn des Krieges demonstrierte Einigkeit der EU-27 bröckelt. Bereits im Sommer musste die EU wegen des Widerstandes des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban im Rahmen des

sechsten Sanktionspaketes auf eine Sanktionierung des Oberhauptes der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill, verzichten. Ebenso konnten die Pläne für ein vollständiges europäisches Öl-Embargo gegen Russland vorerst nicht umgesetzt werden. Die Regierung in Budapest drängte seiner Zeit darauf, russische Öllieferungen vorerst nur über den Seeweg zu unterbinden, nicht aber per Pipeline. Orban zweifelte den Nutzen der Sanktionen an, sah vor allem die europäische Wirtschaft als Leidtragende. Zuletzt geriet die Regierung unter Orban in die Schlagzeilen, nachdem sie wochenlang EU-Finanzhilfen für die Ukraine in Höhe von 18 Milliarden Euro blockierte.

Auch auf dem letzten EU-Gipfel des Jahres konnten sich die Staats- und Regierungschefs erst nach zähen Verhandlungen auf ein neuntes Sanktionspaket einigen. Bereits im Vorfeld des Treffens stellten sich die baltischen Staaten und Polen gegen die Verabschiedung des neuen Sanktionspaketes. Als Grund dafür nannte der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis die von mehreren westlichen Ländern vorgeschlagenen Ausnahmen für Exporte von Getreide und Düngemittel. „Wenn ein politisches Schlupfloch in einer solchen Größenordnung geschaffen würde, dem alle EU-Länder zustimmen würden, würde es meines Erachtens nicht nur dazu dienen, um diese spezifischen Fälle zu lösen, sondern wahrscheinlich auch zur Umgehung von Sanktionen“.

Das neunte Paket beinhaltet wenig neue Maßnahmen, vor allem bestehende Sanktionen werden verschärft. So wird der Export von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck weiter eingeschränkt sowie die Liste sanktionierter Personen und Institutionen erweitert. Ob und wie die Sanktionen auf Russland wirken, wird sich zeigen. Sicherlich wird die Europäische Union ihre Maßnahmen im nächsten Jahr noch einmal nachjustieren müssen, um ihre Wirksamkeit weiter zu erhöhen.

Sicherheit und Verteidigung

Hintergrund

Nachdem beim letzten Ratsgipfel im Oktober insbesondere die Außenbeziehungen, vor allem jene zu China, eine besondere Rolle spielten, sollten diesmal die Themen Sicherheit und Verteidigung in den Fokus rücken. Gerade der andauernde russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt die EU-Verteidigungsfähigkeit vor immer größere Herausforderungen. Besonders die Unterstützung der Ukraine durch militärisches Gerät und Munition gerät langsam an ihre

Grenzen, da es an Nachschub fehlt und die Bestände der hiesigen Staatsarmeen rapide abnehmen. In den Mittelpunkt sind hierbei jene EU-Programme gerückt, die eine kurzfristige Finanzierung des Nachschubs sicherstellen könnten. Namentlich sind an dieser Stelle der Strategische Kompass der EU sowie die geplanten Nachschubprogramme im Rahmen der European Defence Industry zu nennen. Diese versprechen zumindest auf Ebene der EU eine gezielte Koordination der Beschaffungsmaßnahmen, sodass nur das erworben wird, was die Ukraine schließlich benötigt. So kann, bei effizienter Absprache vermieden werden, dass Doppelkäufe getätigt werden.

Die EU möchte sich bereits seit Bekanntwerden des Strategischen Kompasses im März diesen Jahres militärisch und verteidigungspolitisch autonom bzw. unabhängiger aufstellen und gleichzeitig die wichtigen transatlantischen Beziehungen stärken, um schlussendlich einerseits ihre Verteidigungsfähigkeit in Komplementarität zur NATO zu stärken und andererseits ihren Einfluss innerhalb des Verteidigungsbündnisses zu erhöhen. So soll gewährleistet werden, dass EU-Interessen (und die ihrer Mitgliedstaaten) auch auf der anderen Seite des Atlantiks gehört werden.

Entwicklung

Beim Dezember-Rat sollte in der Tat der Fokus auf der Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit der EU liegen. Dabei wurde aber sicherlich nicht das Rad neu erfunden, sondern vielmehr bewertet, wie sich zum Jahresende der Umsetzungsstand der diesjährigen Vorhaben darstellt. Dies geschieht selbstverständlich im Einklang mit Schlussfolgerungen bereits vergangener Sitzungen des Europäischen Rates.

Die EU werde demnach mehr Eigenverantwortung für ihre Sicherheit übernehmen und im Bereich der Verteidigung ihrem strategischen Kurs weiter folgen, um langfristig autonom agieren zu können. Hierzu will sie eine eigene verbesserte industrielle und technologische Basis im europäischen Verteidigungssektor schaffen. Dennoch solle damit nicht der Eindruck entstehen, die transatlantischen Beziehungen und die Zusammenarbeit mit der NATO seien weniger bedeutend als zuvor. Vielmehr untermauert der Rat seine Haltung, die die EU bereits zu Beginn des Jahres beim Strategischen Kompass eingenommen hat: Die transatlantische Verbundenheit habe höchste Relevanz und genau das spiegele sich sowohl im Strategischen Kompass als auch im Strategischen Konzept der NATO wider.

Die EU-27 haben im Rahmen der Sitzung des Europäischen Rates eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung der bisher angenommenen Schlussfolgerungen durchgeführt und im Zuge dessen auch die Erkenntnisse aus der gemeinsamen Mitteilung zu den Investitionslücken im Verteidigungsbereich und dem weiteren Vorgehen herangezogen. Die Arbeit zur weiteren Umsetzung müsse zwingend beschleunigt werden, weshalb der Rat zunächst das Europäische Parlament dazu aufrief, das Gesetz zur Stärkung der Verteidigungsindustrie durch gemeinsame Beschaffung anzunehmen bzw. zu bestätigen.

Zugleich wurde die Europäische Kommission aufgefordert, schnellstmöglich einen Vorschlag zu einem möglichen Europäischen Verteidigungsinvestitionsprogramm vorzulegen, um die Kapazität und Widerstandsfähigkeit der Europäischen Verteidigungstechnologie und des industriellen Sektors zu steigern. Dies schließt auch mittelständische Unternehmen ein und soll kurz- und mittelfristig strategische Lücken schließen und technologische und industrielle Abhängigkeiten verringern.

Gleichzeitig erneuerte der Rat seine Bereitschaft, in die benötigten Fähigkeiten zu investieren, die es braucht, um einerseits ganzheitlich alle Missionen und Operationen durchführen zu können und andererseits, um beispielsweise auch die schnelle Eingreiftruppe der EU zu stärken. Dazu brauche es auch weitere Investitionen in "strategische Ermöglicher" im Bereich der Cybersicherheit und der weltall-gestützten Konnektivität. Ferner sieht der Rat hier die Notwendigkeit eines EU-Gesetzes zur Gefahrenabwehr im Cyber-Bereich, das u .a. auch von der hybriden Toolbox der EU profitieren könnte, die nicht zuletzt alle hybriden Bedrohungen abwehren soll. Zur weiteren Unterstützung von Partnerstaaten soll die Europäische Friedensfazilität finanziell stabil gehalten und entsprechend mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

In einem sehr kurz ausgefallenen Tagesordnungspunkt zur Außenpolitik verurteilte der Rat die kürzlich vollstreckten Todesurteile im Iran. Der Rat ruft die iranischen Behörden dazu auf, unverzüglich weitere Verhängungen von Todesstrafen einzustellen und bereits zum Tode verurteilte Personen freizusprechen. Der Rat bekräftigt seine Aufforderung an die iranischen Behörden, jegliche Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstrierende, insbesondere gegenüber Frauen, einzustellen.

Kommentar

Durch die Analyse, die der Europäische Rat vorgenommen hat, kann sichergestellt werden, dass die Maßnahmen, die sich die EU im Laufe des Jahres vorgenommen hat, auch effizient umgesetzt werden können. Dabei ist es wichtig, dass auch schonungslos identifiziert wird, wo Prozesse zum Stillstand gekommen sind und es eventuell neuen Anschub braucht. Nur so kann erreicht werden, dass gesteckte Ziele, die womöglich über das Jahr 2022 hinausgehen, auch umgesetzt werden können.

Besonders in den aktuellen Krisenzeiten ist es wichtig, dass der Rat hierbei mehrere Ansätze gleichzeitig verfolgt und dabei nicht nur auf kurzfristige Maßnahmen baut, sondern auch langfristig denkt. Eine gute Mischung ist hierbei festzustellen, wenn der Rat einerseits die weitere Stärkung der EU-Verteidigung einfordert und entsprechende Vorhaben beschleunigen will, gleichzeitig aber auch kurzfristig die Munitionslager füllen und die Friedensfazilität ausreichend ausstatten will. Somit ist das langfristige Ziel bekannt, und die kurzfristigen Maßnahmen auf dem Weg zu diesem Ziel können angegangen werden.

Besonders die Aufforderung an die Kommission, ein Investitionsprogramm für die Verteidigung der Union vorzulegen oder der Fokus auf die Cyberabwehr sind hierbei besonders erwähnenswert, da sie einerseits von enormer Dringlichkeit sind, andererseits aber gut durchdacht, effizient und dennoch schnell umgesetzt werden müssen. Dieser Spagat muss von allen EU-Institutionen und ihren Mitgliedstaaten gleichermaßen gewagt und gemeistert werden.

Enttäuschend fiel hingegen die Reaktion des Rates auf die Vorgänge im Iran aus. Zwar hat der Ministerrat bereits beim Treffen der Außenminister neue Sanktionen beschlossen, die nun im Amtsblatt der EU vorzufinden sind, jedoch scheint der allgemeine Fokus nicht auf dem Iran zu liegen. Eine entschlossene Haltung des Rates wäre hier wünschenswert gewesen. Zu begrüßen ist hingegen definitiv, dass Bosnien-Herzegowina der offizielle Status des EU-Beitrittskandidaten gewährt wurde. Es bleibt zu hoffen, dass sich dieser Entschluss auch positiv auf die Entwicklungen im Land auswirken wird und der europäische Weg fortgesetzt werden kann.

Energie und Wirtschaft

Hintergrund

Beim letzten EU-Gipfel dieses Jahres berieten die Staats- und Regierungschefs über die Fortschritte bei den Beschlüssen, die bei der Tagung des Europäischen Rates im Oktober 2022 gefasst wurden. Der Kälteeinbruch zu Beginn der Woche ließ in weiten Teilen Westeuropas die Nachfrage nach Strom und Gas in die Höhe schnellen und erhöhte den Druck auf die EU, schnellstmöglich eine Einigung auf die Notfallverordnung über den Gaseinkauf und den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien zu finden. Das Augenmerk der Tagung lag somit erneut auf der Reduzierung des Energiebedarfs, sicherer Energieversorgung sowie der nachhaltigen Senkung der Energiepreise. Die Kommission wurde vom Rat dazu aufgefordert, die Arbeiten an der Strukturreform des Strommarktes zu beschleunigen und stellte nach monatelangem Druck am 22. November ihren Vorschlag zur Begrenzung überhöhter Gaspreise vor. Mit Hilfe eines „Marktkorrekturmechanismus“ sollen zu hohe Gaspreise künftig begrenzt werden. Das vorgeschlagene Instrument soll für den niederländischen Title Transfer Facility (TTF), den wichtigsten Gashandelsplatz, gelten. Im ursprünglichen Vorschlag der Kommission wird die Obergrenze aktiviert, sobald die Preise an der niederländischen TTF mehr als zwei Wochen lang 275 Euro pro Mwh übersteigen und die Differenz zwischen TTF-Preis und dem Flüssiggaspreis auf dem Weltmarkt mindestens 58 Euro pro Mwh beträgt. Bei einer außerordentlichen Tagung der Energieminister am 24. November sollte über den Vorschlag beraten werden, allerdings waren die Meinungen dahingehend zweigeteilt. Einerseits wurde eine niedrigere Preisobergrenze befürwortet, während gleichzeitig ein höherer Preis sowie bessere Sicherheitsvorkehrungen vorgeschlagen wurden, um die Sicherheit der Gasversorgung zu garantieren und um stabile Finanzmärkte zu gewährleisten. Zu den Skeptikern bei der Gaspreisobergrenze gehören Deutschland, Ungarn, Österreich, Dänemark und die Niederlande, während mindestens zwölf Länder eine „härtere“ und ehrgeizigere Obergrenze fordern. Somit kam es bei dem Treffen der Energieminister zu keinem konkreten Ergebnis, weder im Hinblick auf die Gaspreisobergrenze noch bezüglich eines breiteren Maßnahmenpakets zur Energiekrise, gemeinsamen Gaseinkäufen und eines beschleunigten Verfahrens zur Genehmigung für Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Weiterhin im Fokus der Debatte steht der Auslösungspreis der Obergrenze, wobei aktuell Optionen zwischen 160 und 220 Euro im Gespräch seien, so ein EU-Diplomat. Jedoch war bereits zu erwarten, dass die EU-27 die Diskussion der Gaspreisobergrenze nicht erneut aufnehmen

werden, sondern diese den EU-Energieministern überlassen werden.

Die EZB steht dem Marktkorrekturmechanismus für den Energiemarkt ebenfalls skeptisch gegenüber, da er die finanzielle Stabilität der Eurozone gefährden könnte. Außerdem wurde im Vorfeld des Gipfels das von US-Präsident Joe Biden beschlossene Inflationsbekämpfungsgesetz (Inflation Reduction Act) diskutiert. Das Paket der US-Regierung umfasst Subventionen in Höhe von 400 Milliarden Euro und begünstigt somit amerikanische Unternehmen. Daher bestehe die Gefahr, dass europäische Unternehmen in die USA abwandern und somit Industrieplätze aus der EU verschwinden. Der französische Präsident Macron betonte, dass auf das Inflationsbekämpfungsgesetz von Biden eine starke und schnelle und makroökonomische Antwort aus der EU kommen müsse, um eine Wettbewerbsverzerrung zwischen europäischen und amerikanischen Unternehmen zu vermeiden, die den Binnenmarkt gefährden würde.

Entwicklung

Wie erwartet haben die Staats- und Regierungschefs die Fortschritte bei den Beschlüssen vom Oktober 2022 geprüft und betonten erneut die Wichtigkeit einer EU-Energie-Plattform sowie die Beschleunigung der Gespräche mit zuverlässigen Partnern. Es sollen bereits frühzeitig Notfallpläne für den Winter 2023/24 ausgearbeitet werden, um die Sicherung der Gasversorgung zu gewährleisten. Außerdem wurden eine effiziente Befüllung der Gasspeicher und eine genaue Überwachung der Befüllungspfade sowie die Reduzierung der Gasnachfrage als Ziele festgelegt. Weiterhin soll der Abschluss der Verhandlungen über die Energieeffizienz-Richtlinie und die Richtlinie zu erneuerbaren Energien zügig erfolgen. Es wurde erneut verdeutlicht, dass die EU auf neue Projekte und Innovationen setzen muss, um so schnellstmöglich unabhängig von russischem Gas zu werden und ebenso den grünen Wandel voranzutreiben. Der Rat erwartet Anfang 2023 von der Kommission einen Vorschlag zur Reform des EU-Elektrizitätsmarkts sowie eine Folgenabschätzung dazu. Im Hinblick auf die Wirtschaft haben sich die Staats- und Regierungschefs am Donnerstagnachmittag darauf geeinigt, Europa wettbewerbsfähiger machen zu wollen, insbesondere angesichts der hohen Energiepreise und der grünen Subventionsspritze der USA. In diesem Zusammenhang wies der Rat darauf hin, dass es einer koordinierten Reaktion bedürfe, die alle einschlägigen Instrumente auf nationaler und EU-Ebene mobilisiere, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Europas und seine globale

Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dadurch soll auch die Integrität des Binnenmarktes gewahrt werden. Außerdem betonte der Rat, dass ein Augenmerk auf die Industrie und den digitalen Wandel gelegt werden müsse, um die Industrie strategisch unabhängiger zu machen. Diesbezüglich hat der Rat die Kommission aufgefordert, eine Strategie zur Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu entwickeln.

Kommentar

Bereits vor dem Gipfeltreffen gab die tschechische Ratspräsidentschaft bekannt, dass die Preisobergrenze für Gas nicht auf dem Tisch der Staats- und Regierungschefs landen werde. Stattdessen wurde diese Entscheidung auf das Treffen der Energieminister am kommenden Montag vertagt. Am 19. Dezember wollen die Energieminister eine Einigung auf die Höhe des Gaspreisdeckels finden. Tschechiens Industrieminister Jozef Síkela kündigte an, zur Not eine Mehrheitsentscheidung herbeiführen zu wollen, sollte der Beschluss nicht einstimmig

durchgehen. Somit kann die Bundesregierung den Gaspreisdeckel wohl nicht mehr abwenden. Um dessen Folgen abzumildern, will Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck sich jedoch dafür einsetzen, dass dieser nur im Ausnahmefall aktiviert wird. Laut eines Diplomaten sei die Stimmung im Saal trotz der anhaltenden Meinungsverschiedenheiten positiv gewesen, was eine Einigung nächste Woche angehe. Letztlich brachte dieser Gipfel kurz vor der Weihnachtspause wenig Neuerungen mit sich und beschränkte sich stattdessen auf die Bekräftigung bisheriger Maßnahmen. Im neuen Jahr wird ein weiterer Vorschlag zur Strukturreform des EU-Strommarktes erwartet, da der Marktkorrekturmechanismus kein regulatorischer Markteingriff ist, sondern nur ein Instrument letzter Instanz, um die Gaspreise künstlich niedrig zu halten. Es bleibt zu hoffen, dass die folgenden Maßnahmen ausreichen werden, um Europa auf die kommende Heizperiode vorzubereiten und seine Energieversorgung sicherzustellen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)